



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hennig, Richard: Vae victoribus!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ihm steht der Premier als Konkurrent! Stützt sich das Staatsoberhaupt auf sein Volksmandat, so der Chef des Ministerkabinetts nicht minder auf das Vertrauen der Parlamentsmehrheit. Einer von beiden ist zu viel, denn die Rivalität, die unfehlbar sich entwickeln muß, wenn es sich um starke Persönlichkeiten handelt, bedroht das Wohl der Gesamtheit. Man hat das bald herausgeföhlt. Man will also den Dualismus beseitigen. Die Unabhängigen möchten den ihnen so wie so verdächtigen Staatspräsidenten streichen, andere halten grade ein besonderes Haupt des Ministeriums neben ihm für überflüssig. Wir glauben, daß dies die einzig richtige Auffassung ist. Der Premier soll ja so wie so bei uns nur die Stellung eines „Ersten unter Gleichen“ erhalten, man sei also konsequent: stelle ihn auch formal auf die Stufe der anderen und lasse das Reichsoberhaupt seinen eigenen Reichskanzler sein. Die Vorstellungen eines persönlichen Regiments, die man früher mit dieser Formel verband, sind bei dem Ursprung und der ganzen Amtsauffassung eines republikanischen Führers gegenstandslos, zudem zeigt das amerikanische Beispiel die Durchführbarkeit und die Vorteile unserer Forderung. Die Minister brauchten durchaus nicht zu Gehilfen herabzusinken, wie auch die Frage ihrer kollegialen Verantwortlichkeit unberührt bleibt.



Vae victoribus!

Von Dr. Richard Hennig



in Dezember veröffentlichte ich an dieser Stelle zwei kurze Artikel, in denen ich an der Hand von Nachrichten aus feindlichen und neutralen Ländern der Vermutung Ausdruck gab, daß die Umsturz- bewegung, die „rote Grippe“, bald auch die Staaten der siegreichen Entente erfassen und einen Siegeszug um die ganze Erde antreten werde. Die Ereignisse scheinen jener Prophezeiung schneller, als ich selbst es meinte, recht geben zu wollen. Die jüngsten Nachrichten über Arbeiter- unruhen und Streiks in England nebst ihren Folgen mußten selbst den flüchtigen Zeitungsleser erkennen lassen, daß die soziale Entwicklung daselbst in ein sehr stürmisches Tempo geraten ist und daß die englische Industrie, das englische Wirtschafts- und Verkehrsleben von kaum minder heftigen Kämpfen, als wir sie in Deutschland wahrnehmen, bereits erfaßt worden sind. Von anderen Ländern erfährt man erheblich weniger, da eine mit eiserner Strenge gehandhabte Zensur daselbst keine beunruhigenden Meldungen über die Grenze oder in die Presse gelangen läßt. Insbesondere gilt dies für Frankreich und Italien, aber auch für manche im Kriege neutral gebliebene Staaten.

Welchen Umfang die Umsturzbewegung auch außerhalb der europäischen Ententestaaten bereits angenommen hat, ersieht man am besten, wenn man einige objektive Nachrichten der fremden Presse zusammenstellt, wie es nachstehend ohne Kommentar geschehen mag:

„Weekly Dispatch“, 19. Januar 1919: „Wenig von den Vorgängen in Spanien darf die scharfbewachten Kibel passieren. Die revolutionäre Bewegung ist vorwiegend separatistischer Art, aber die Lage ist gefährlich, und alles ist möglich.“

„Daily Telegraph“, 29. Januar 1919: „Die Bolschewistenbewegung breitet sich unter dem ausländischen Element in Kanada weiter aus. . . . Am 26. Januar wurde in Montreal eine große Versammlung fortschrittlicher Sozialisten abgehalten, in der die Sprecher sich als Anhänger Lenins bekannten und für die Anwendung von Feuer und Schwert zur Erzwingung der Aufteilung des Eigentums eintraten.“

„Daily Telegraph“, 7. Februar 1919: „Ganz Seattle befindet sich in hellem Aufruhr. . . . Mit Maschinengewehren und Handgranaten halten Soldaten die Ordnung aufrecht.“

„Politiken“, 22. Dezember 1918: „Bolschewistische Agitatoren lernen die indische Sprache, um zusammen mit Indern, die sich in Rußland aufhalten, die neuen Gedanken in Indien zu verbreiten.“

„Justice“, 30. Januar 1919: „In unserer Kapitalistenpresse scheint eine Verschwörung des Schweigens hinsichtlich der Vorgänge in Indien zu herrschen. Während des Krieges hörten wir, die Deutschen seien lebhaft aber erfolglos tätig, Aufstände hervorzurufen. Jetzt heißt es, die Bolschewiki hätten sich an die gleiche Arbeit gemacht.“

„Prawda“, 28. September 1918, enthält einen Brief des „Exekutiv-Komitees der Sozialistischen Gruppen von Tokio und Yokohama“, worin es heißt: „Ihr könnt sicher sein, daß das rote Banner der Revolution in kurzer Zeit über ganz Japan wehen wird.“

„Labour Leader“, 16. Januar 1919: „Der Generalfstreik in Buenos Aires, der das Ergebnis revolutionärer, wenn nicht bolschewistischer Propaganda gewesen zu sein scheint, ist nach beinahe einwöchigem Kampfe beendet, aber das Blutvergießen dauert leider noch an. Der Befehlshaber der Regierungstruppen schätzt, daß bei den Streikunruhen mindestens 250 Personen getötet und 700 verwundet worden sind. Der Marineoberbefehlshaber aber meint, daß die doppelte Zahl der Wahrheit näher kommen würde.“

„New York Herald“ (Paris), 24. Januar 1919: „Die Opposition stützt sich auf die beunruhigende Lage in den Vereinigten Staaten. . . . „Harding (Ohio) wirft Wilson einen großen Teil der Verantwortung für den sich breitmachenden Bolschewismus vor. Am 22. Januar warnte er den Senat: „falls wir nicht binnen neunzig Tagen zur Friedensbasis zurückgelangen, werden wir uns mehr mit der Löschung des bolschewistischen Feuers als mit der Ernährung Europas zu beschäftigen haben. . . . Falls wir keine gerechtere Verteilung der Geschäftsgewinne hier im Lande erreichen, werden wir in den Vereinigten Staaten mehr Bolschewismus als in Rußland haben.“

„World“ (New York), 7. Januar 1919: „Man versucht, einem Fonds von 400000 Dollar auf die Spur zu kommen, der kürzlich aus Rußland nach Amerika gesandt wurde. Das Geld soll der bolschewistischen Propaganda dienen und über Sibirien, Japan und San Francisco nach New York gekommen sein. . . . In Boston wird seit kurzem eine bolschewistische Zeitung ‚The revolutionary age‘ herausgegeben. . . . Aber die Zahl der in den Vereinigten Staaten tatsächlich schon gebildeten Sowjets sind sich die Beamten noch nicht klar.“

„Daily Telegraph“, 10. Januar 1919: „Die bolschewistischen Agenten hatten überall in den Vereinigten Staaten Revolution gepredigt und erklärt, daß sie Tausende von Anhängern hätten.“

„Nieuwe Courant“, 11. Januar 1919: „Nach unserem Gewährsmann wurden Anfang November vier Millionen Gulden für Propagandazwecke nach Holland geschickt. . . . Holland wimmelt augenblicklich von bolschewistischen Agenten.“

Im „Politiken“ vom 22. Dezember 1918 erklärt der aus Rußland heimgekehrte dänische Gesandte: „Wenn die Bolschewisten jetzt nicht gestürzt werden, bin ich überzeugt, daß wir innerhalb eines halben Jahres die allgemeine europäische Revolution haben werden.“

Wenn schon in neutralen Ländern und in kriegführenden Staaten, die durch Ozeane vom Umsturzherd entfernt sind, die Gefahren der sozialen Umwälzung so bedrohlich auf der Hand liegen und so offen diskutiert werden, so kann man daran ermesen, wie viel mehr die europäischen Ententesstaaten der Möglichkeit ausgesetzt sind, daß die rote Flut in der einen oder anderen Gestalt auch ihnen die Dämme fortspült. Wider Erwarten scheint England, von dem ich noch im Dezember glaubte, es werde am längsten standhalten, am schnellsten in die Wirren hinein-

gerissen worden zu sein. Nach dem großen Wahlsieg Lloyd Georges vom 14. Dezember mußte man glauben, die Regierung habe die Zügel fester denn je in der Hand, aber es scheint, als habe der englische Premier einen Pyrrhus' Sieg erfochten: eine lange Lebensdauer wagt niemand dem Parlament zu prophezeien, das als eine „Versammlung von Kriegsgewinnlern“ verhöhnt wird, das den Willen des Volkes infolge einer angewandten, eigenartigen Wahlarithmetik nur mangelhaft widerspiegelt und in dem die oppositionelle Arbeiterschaft fast zur Bedeutungslosigkeit verdammt ist, so daß für sie naturgemäß die Verlockung groß ist, sich auf andere Weise zur Geltung zu bringen.

Um meine Darstellung der Ereignisse nicht gefärbt, sondern so objektiv wie möglich erscheinen zu lassen, mögen wieder englische Pressestimmen, vermehrt durch einige neutrale Berichte, für sich selbst sprechen. Wir werden dann erkennen, daß der soziale Wirrwarr schon heute in England kaum geringer als in Deutschland ist. Dieselben katastrophalen Vorgänge im Industrieleben wie bei uns: unausgesetzte Streiks, sinnlose Lohnsteigerungen bei gleichzeitiger Herabsetzung der Arbeitszeit, Neigung zu hochbezahltem Faulenzen, Sozialisierungsbestrebungen, Machtlosigkeit der Regierung usw.! Folgende Presseäußerungen werden dies beweisen:

„Times“, 18. Januar: „Das Land treibt unmöglichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zu. Wenn die Bewegung erst einen gewissen Punkt überschritten hat, dann gibt es kein Zurück mehr, sondern nur noch heftigen Zusammenstoß. . . . U. a. fordern die Bergleute eine Lohnerhöhung von 30 Prozent, einen Sechsstunden- statt des Achtstundenarbeitstages und die Verstaatlichung der Bergwerke. Man schätzt allein die Mehrforderung an Löhnen auf 40—50 Millionen im Jahr, die entweder der Verbraucher oder der Steuerzahler aufbringen muß.“

„Daily Chronicle“, 21. Januar: „Streik und Gerüchte über Streiks sind in England und Schottland dauernd im Gange. Die Bewilligung der Forderungen kann wahrscheinlich erzwungen werden. Wenn dies in allen Fällen geschieht, wird es sicheren Ruin für alle bedeuten. . . . Wir können während der Übergangswirtschaft in einen Abgrund der Arbeitslosigkeit und des Bankrotts stürzen. Das wünschen einige Theoretiker der Zerstörung.“

„Daily News“, 20. Januar: „Die irischen Textilarbeiter fordern die dreiundvierzigstündige Arbeitswoche und 10 Schilling Lohnerhöhung. Die Straßenbahnangestellten und Kutscher von Belfast beschloßen für die vierundvierzigstündige Arbeitswoche und andere Forderungen zu agitieren. Die Werftarbeiter und Mechaniker am Clyde beschloßen am 17. Januar mit der Forderung der vierzigstundenwoche in den Ausstand zu treten.“

„New Age“, 16. Januar: „Der russische Bolschewismus wird im neuen Manifest der sozialistischen Arbeiterpartei den Proletariern Englands zur Nachahmung empfohlen. . . . Unsere Arbeiterschaft kümmert sich zu wenig um systematische Neuordnung der Industrie und zu viel um Politik; sie verschwendet Kraft auf bloße Reform des Lohnsystems.“

„Ball Mall Gazette“, 28. Januar: „Die große Masse der Arbeiterschaft wird von Agitatoren zu Zwecken ausgenützt, die mit der Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nichts zu tun haben. Hauptsache ist ihnen, ihre revolutionären Theorien zu verwirklichen, um auf diese Weise ihren Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zu befriedigen. Ob sie das ganze Volk einschließlich der Arbeiter dem Hungertode und den Schrecken eines blutigen Bürgerkriegs preisgeben, ist ihnen in ihrem teuflischen Wahn vollkommen gleichgültig.“

„Daily News“, 30. Januar: „Die letzten Streiks sind symptomatisch für eine tiefsitzende soziale Krankheit, die sich in einer maßlosen Verbitterung Luft macht.“

„Daily Telegraph“, 28. Januar: „Die Streikansteckung ist ebenso virulent wie die spanische Grippe und wird, falls sie geduldet wird, der Industrie ebenso verhängnisvoll werden, wie jene dem menschlichen Organismus.“

„Westminster Gazette“, 28. Januar: „Anscheinend haben die Streiks ihre Ursache in der Forderung eines kürzeren Arbeitstages, und diese Forderung

entspricht der Furcht, es werde bald überhaupt an Arbeit mangeln. Dabei geht man über Straßen, die im höchsten Maße ausbesserungsbedürftig sind; die Bahnen sind gestopft voll, da ein regelmäßiger Eisenbahndienst aus Mangel an Feuerung, Maschinen, Wagen und Personal unmöglich ist; man schränkt sich mit Licht und Gas ein, da nicht genug Kohle gefördert werden kann; man trägt alte Kleider, da es an jeglichem Stoff mangelt; man kann seine Wohnung nicht wechseln, da es keine leeren oder neuen Häuser gibt."

"Glasgow Herald", 28. Januar: „Zeichen von vulkanartigen Ausbrüchen finden sich überall. Das Land kommt von einer Unruhe in die andere.“

"Daily Mail", 30. Januar: „Die industriellen Unruhen, die sich als vernichtende Welle über das Land verbreiten, sind eine Folge der Enttäuschung über die Zusammensetzung der neuen Regierung. Leute, die aus den Neuwahlen nur die Verteilung der Ministerposten unter dieselbe kleine Clique von diskreditierten Politikern hervorgehen sehen, verlieren das Vertrauen auf Wahlen und wünschen gewaltigere Maßregeln mit wahrscheinlich wirksameren Folgen.“

"Daily News", 28. Januar: „Die Gärung unter der Arbeiterchaft sieht sehr bedrohlich aus, aber sie wird mit Bestimmtheit im Augenblick, wo die Demobilmachung einsetzt, noch viel schlimmer werden, wenn man nicht klug und systematisch vorgeht.“

"Outlook", 4. Januar: „Der am Clyde geforderte Mindestlohn hätte die ganze Erzeugung in weniger als einem halben Jahr erschöpft . . . Preist doch 'The Call' die Volkshewissen als Begründer des langersehnten Gesellschaftszustandes und tadelte die britischen Arbeiter, die ihnen nicht zujauchzen!“

Nach „Financial News“ vom 4. Februar hat der Bergarbeiter-Verband von Derbyshire beschlossen: „Wir raten unseren Mitgliedern und allen anderen Arbeitern, sich zu weigern, irgendwelche weiteren Kriegssteuern zu zahlen, und weisen unsere Leute an, solche nicht mehr einzuziehen.“

"Times", 8. Februar: „Wenn wir die gegenwärtige Krise in der Arbeiterschaft als bloße ‚Gärung‘ auffassen und behandeln, so werden wir kaum glücklich durch die Schwierigkeiten hindurchkommen . . . Wir machen jetzt eine soziale Revolution durch.“

"Manchester Guardian", 10. Februar: „Wir haben jetzt das Höchstmaß der Zerziehung mit dem Mindestmaß an positivem Arbeitsertrag.“

Könnte nicht jedes Wort dieser zahlreichen Schilderungen genau ebenso als Beschreibung deutscher Zustände gelten? Man sieht, es ist in England „tout comme chez nous“ — trotz des gewonnenen Krieges! Ja, selbst die Unsinnsigkeiten einer übertriebenen, jede Arbeit mordenden Arbeitslosenunterstützung finden wir jenseits des Kanals wieder:

"Times", 27. Januar: „In Kilkenny kann man die sogenannten Erwerbslosen den ganzen Tag in den Straßen herumstehen sehen. Arbeit gibt's reichlich. Aber die Leute ziehen es vor, allwöchentlich 29 Schilling aus öffentlichen Geldern zu nehmen und nicht zu arbeiten. Die Stadtbehörde suchte einige Arbeiter, um nach einem Jahrmarkt die Straßen zu säubern, aber niemand meldete sich; alle erklärten, sie könnten das ihnen gebotene Geld ja auch durch Nichtstun verdienen.“

"Times", 24. Januar: „Der unglückliche Steuerzahler und Landbesitzer bekommt keine Arbeitskräfte, da Dienstboten und Arbeiter es vorziehen, wöchentlich 29 Schilling Erwerbslosenunterstützung zu beziehen und nicht zu arbeiten, statt nur 26 Schilling (den von der Regierung festgesetzten Höchstsatz) zu verdienen und dafür zu arbeiten . . . Die Regierung hat tatsächlich eine Prämie auf Unehrlichkeit, Faulheit und Verschwendung gesetzt.“

An Hand derartiger Schilderungen gewinnt man den Eindruck, als ob der soziale Wirrwarr in England schon heute fast noch schlimmer als in Deutschland sei. Zu den überaus großen Arbeitsschwierigkeiten kommt nun aber auch noch die Bewegung unter den Soldaten, die nach Haus zurückverlangen und immer unbotmäßiger werden. Anfang Januar kam es in Folkestone und Dover zu Kund-

gebungen großen Umfanges, die zwar verhältnismäßig gutartig verliefen, die man aber dennoch kaum anders denn als Meutereien bezeichnen kann. Hören wir auch hierzu einige englische Pressestimmen:

„Labour Leader“, 9. Januar: „Eine Anzahl Soldaten hat diese Woche in dramatischer Weise ihre Unzufriedenheit über die Langsamkeit, mit der die Demobilisierung vor sich geht, Ausdruck gegeben . . . Der Ausbruch ist ein Symptom allgemeiner Unruhe im Heere, und wenn die Regierung sich mit der Demobilisierung nicht beeilt, ist es nicht unwahrscheinlich, daß es zu weiteren Ausschreitungen kommt.“

„Common Sense“, 11. Januar: „Eine lange amtliche Kundgebung erklärte, das Heer habe in durchaus ordentlicher Weise, aber in beträchtlichem Umfange gegen die Verzögerung und den Wirrwarr in der Demobilisierung gestreift. Eigentlich können ja Soldaten nicht streiken, sondern nur meutern; aber General Sir William Robertson war doch der verständigen Ansicht, es helfe nichts, wenn man die beteiligten 8—9000 Soldaten vor ein Kriegsgericht stelle. Die Demonstrationzüge der Soldaten verliefen wohl alle ganz ordentlich, stellen aber doch einen furchtbaren Bruch der Disziplin dar.“

„Truth“, 8. Januar: „Ich würde mich gar nicht wundern, wenn nächstens Teile unserer Kölner Truppen eine Versammlung einberufen würden, um unter Umgehung der militärischen Vorgesetzten sich eigenmächtig ihr Recht zu verschaffen. Nach den Unruhen in Folkestone zu urteilen, kann man sich ja vorstellen, in welcher Gemütsverfassung erst die Soldaten sein werden, die sich noch in Frankreich, Deutschland, Rußland, der Türkei, Mazedonien und Palästina befinden, zumal da diese Millionen britischer Krieger nicht einmal Aussicht auf Erlangung eines Heimatsurlaubs haben. Inzwischen wird berichtet, daß sich der erste Soldatenrat in England gebildet hat. Zweifellos werden die Arbeiter nur zu gern bereit sein, nach dem Vorbilde der Sozialisten des Kontinents nun auch ihrerseits Arbeiterräte zu bilden.“

„Labour Leader“, 16. Januar: „Die Soldaten haben bewiesen, wie unmittelbares Vorgehen auf eine Regierung wirkt, die sich durch Druck beeinflussen läßt. Einige Tage lang waren Regierung und Kriegsministerium im Zustande der Bestürzung, und es ergingen Befehle, daß durchaus nichts geschehen dürfe, um die Leute zu reizen.“

„Daily News“, 10. Februar: „Die Szenen, die sich am 8. Februar im Kasernenhof der Horse Guards und in der Viktoria-Station abspielten, zeigen uns die allgemeine Gärung von einer neuen, bedrohlichen Seite . . . Wenn man diese Demonstrationen noch ferner gestattet, muß der Geist der Insubordination überhand nehmen und die Armee zum directionslosen Haufen werden. Sie würde nicht demobilisiert, sondern in einer Weise zersetzt werden, die nicht ohne schwere Besorgnis betrachtet werden kann . . . Die Demonstranten wurden auf dem Kasernenhof der Horse Guards umzingelt, und Hunderte von englischen Soldaten wurden gefangen abgeführt.“

Die hierin ausgesprochene Vermutung, daß es bei den Fronttruppen im besetzten Gebiet mindestens nicht besser als bei den revoltierenden Urlaubern von Folkestone und Dover aussehe, ist inzwischen mannigfach bestätigt worden. Die Entente-Pressen darf zwar hierüber nichts schreiben, aber bei der Bevölkerung des Rheinlands spricht alle Welt davon, daß in Mainz die Gefängnisse voll von französischen, in Köln von englischen Deserteuren stecken, daß in Koblenz kürzlich zahlreiche verwundete Amerikaner eingeliefert wurden, die Opfer von Kämpfen bei Unruhen im Hinterland, angeblich in Villed, geworden waren usw. Aus der Schweiz wurde gemeldet, daß zahlreiche französische Soldaten ihre Gewehre in den Rhein warfen und in die Heimat zurückkehrten. Besonders das zweite französische Korps soll sich durch Meutereien „ausgezeichnet“ haben. Die „Morning Post“ gestand am 11. Februar: „Die Heeresmacht der Verbündeten schmolz wie Schnee im Frühling“. Und der holländische „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ schrieb am 29. Januar:

„Gestern sind Amerikaner vom Rhein desertiert. Wieviele Truppen werden dort noch ein Jahr später stehen? Die Völker des Verbandes zwingen die Regierungen zu einer übereilten Demobilmachung. Die Friedensvorschläge an Deutschland werden sich auf Clemenceaus zwölf Millionen Mann stützen. Diese aber werden dann nicht mehr vorhanden sein! Und wo sollen sie in aller Eile herkommen, wenn Deutschland sich widerspenstig erweist?“

Und „Daily Telegraph“ betonte am 8. Februar schon kleinmütig, wenn Deutschland die englischen Unruhen ausnütze, könne es England um den ganzen Siegespreis bringen! Zu einer Fortführung des Krieges ist heut jedenfalls auch der größte Teil der Ententetruppen nicht mehr imstande!

An deutschen Zuständen gemessen, erleben die Ententeländer jetzt ihren Oktober 1918. Ein 9. November wird auch ihnen nicht erspart bleiben können. In Rumänien ist seit dem 23. Januar die Revolution anscheinend schon zum vollen Ausbruch gekommen; der Sturmwirbel schreiet in westlicher und südlicher Richtung weiter fort; das Sturmsignal ist gezogen! In Deutschland hat der Orkan viel Übles gestiftet, aber das feste Gebäude der deutschen Reichseinheit scheint ihm doch erfolgreich Widerstand leisten zu wollen. Wie aber wird es um die Gebäude der britischen, französischen und italienischen Kolonial- und Weltreiche stehen, wenn der große soziale Wirbelsturm auch über sie erst mit voller Wucht dahinstreicht? Und wie wollen die „Sieger“, d. h. die Mächte, deren Truppen ein Vierteljahr länger die Herrschaft über die Nerven behalten haben, vom besiegten Deutschland Forderungen erpressen, die über den Rahmen eines Verständigungsfriedens hinausgehen, wenn ihnen das Zwangsmittel der militärischen Macht automatisch ebenfalls aus den Händen gleitet, wie uns, und wenn sie überdies schließlich mit der Löschung des Feuers im eigenen Hause mehr zu tun haben als mit der Ausräuberung der Brandstätte im Nachbarhaus?

Nachtrag. Am 26. und 27. Februar kamen inzwischen auch aus dem lange nahezu hermetisch abgeschlossenen Italien sowie von den französischen Fronttruppen Nachrichten, die einen auch dort beginnenden Zusammenbruch unverkennbar machen. Schweizer Meldungen berichteten von Umwälzungen in Mailand, Turin und Bologna, von Straßenkämpfen und der Bildung italienischer Sowjets, und vom Rhein wurden Massenverhaftungen französischer Soldaten und eine plötzliche rätselhafte Räumung mehrerer französischer Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer gemeldet. Der „rote November“ ist anscheinend für die Entente soeben angebrochen!

Was daraus für Deutschlands Stellung gefolgert werden kann, hat die Kopenhagener Zeitschrift „Finanztidende“ vom 22. Januar bereits mit aller Schärfe ausgesprochen:

„Bis zum Frieden . . . können sich die Machtverhältnisse in der Welt in einer Weise ändern, die man auch in neutralen Ländern beachten sollte . . . Deutschlands Stellung nach außen wäre alles andre als ungünstig, wenn nicht sein innerer Wirrwarr ihm jede Waffe aus der Hand schläge.“



Wilson und Clemenceau



Die Idealisten der ganzen Welt haben eine schwere Niederlage erlitten. Mit einem moralischen Ansehen ohnegleichen, äußerlich fast bedeutender noch und umfassender als je ein Papst des Mittelalters es besessen hat, hat der Präsident der Vereinigten Staaten den Boden Europas betreten. Als ein, einstuweilen wenigstens, ruhmlos Geschlagener fährt er wieder zurück. Er kam, um der Welt den Frieden zu bringen, Versöhnung zu stiften, ein neues Reich der Gerechtigkeit zu begründen und seine edelsten Pläne sind fehlgeschlagen. Auf Frieden ist noch nicht